



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Bayerische Familienministerin fordert endlich klare Zusagen des Bundes bei den Sprach-Kitas – Kinderbetreuung**

Bayerische Familienministerin fordert endlich klare Zusagen des Bundes bei den Sprach-Kitas – Kinderbetreuung

9. September 2022

Bayerns **Familienministerin Ulrike Scharf** sieht die Ankündigung von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die Sprach-Kitas nun doch weiter zu finanzieren, als Mogelpackung. Die Ampel werfe Nebelkerzen, setze aber ihren Kurs gegen die Sprach-Kitas in Deutschland mit über 800 Fachkräften und 60 Beratungsstellen allein in Bayern unbeirrt fort. Scharf: „Es ist wunderbar, wenn die Bundesfamilienministerin die Mängel der eigenen Politik erkennt. Inakzeptabel aber ist die Lösung, die sie dazu vorschlägt – denn diese Lösung ist eine Mogelpackung. Die Ampel drückt weiterhin die Verantwortung für ein Bundesprogramm auf die Länder ab. Ich fordere ein Ende dieser Trickereien auf Kosten der Kinder und der Beschäftigten: Die Bundesministerin muss endlich ihre Verantwortung annehmen und das Programm für die nächsten beiden Jahre sichern. Man kann sich nicht einfach hinstellen, den zunehmenden Bedarf in der Kinderbetreuung bejammern und gleichzeitig die Mittel kürzen. Der Vertrauensverlust durch solche Spielchen ist enorm – bei den Beschäftigten, die jeden Tag Herausragendes leisten, aber auch bei allen Eltern zwischen Füssen und Flensburg.“

Inzwischen ist jede sechste Kindertageseinrichtung bundesweit eine sogenannte „Sprach-Kita“. Neben personellen Ressourcen werden auch Sachkosten finanziert. Damit hat das Programm eine enorme Förderdimension erreicht. Der Bund weitete das Programm, das 2016 startete, in 2021 und 2022 über das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ sogar erheblich aus. Mit zusätzlichen 100 Millionen Euro sollten weitere 1.000 Fachkraftvorhaben bundesweit gefördert werden. Das schürte bei Trägern und Kindertageseinrichtungen verständlicherweise die Erwartungshaltung, dass das Programm auch über 2022 hinaus fortgeführt wird. Die Länder haben bereits frühzeitig vom Bund Planungssicherheit eingefordert. Auf Initiative Bayerns haben im Mai alle 16 Länderfamilienministerinnen und -minister den Bund zur Fortsetzung aufgefordert.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

